

Vorbemerkung: Ich werde diese Ansprache in unserer deutschen Sprache halten, die auf einen der großen Wissenschaftler zurückgeht, die unser Land hervorbrachte: Martin Luther. Seither hat sie sich in großer Schönheit ständig entwickelt und vervollkommnet, diente Goethe, Schiller, Kant, Brecht, Christa Wolf und vielen anderen Geistesgrößen als das Medium geistiger Schöpfungen von Weltgeltung; deshalb werde ich sie nicht verunstalten durch Verschluckpausen oder unsinnige Endungen. Unsere Sprache an sich diskriminiert niemanden, nur wer sie nicht liebt oder nicht beherrscht, kann solches konstruieren.

Lieber Kurt–Henning Klamroth, liebe Frau Klamroth, sehr geehrter Herr  
Ministerpräsident Dr. Haseloff,

als ich gebeten wurde, lieber Kurt, anlässlich Deines Ausscheidens aus dem Amt als Präsident des Deutschen Bauernbundes eine Ansprache zu halten, empfand ich das als Ehre und Freude, verbinden uns doch viele gemeinsame Kämpfe, Anliegen und Überzeugungen.

Am 24. Februar 1990 wurde in Halle-Neustadt der CDU-Landesverband Sachsen-Anhalt gegründet und ich (entgegen meinen eigenen Vorstellungen) zum Vorsitzenden gewählt. Wenige Tage später suchte mich Kurt Klamroth in der Geschäftsstelle in der Lübecker Straße auf. Solche Besuche liefen damals wie am Fließband ab, weil viele viele Anliegen hatten in dieser unsicheren Umbruchszeit. Dieser Besuch jedoch war besonders, weil er ein Thema aufgriff, das mich als Altmärker und mit dem Dorfleben eng verbundenen Tierarzt seit Monaten umtrieb: Dringend mussten Wege gefunden werden, die in unserem künftigen Bundesland Voraussetzungen für das Wiedererstehen eines bäuerlichen Mittelstandes schaffen konnten. Bereits in den Wintermonaten zuvor konfrontierte mich die verunsicherte Landbevölkerung auf vielen Versammlungen immer wieder mit zwei Fragen:

Wie können wir unser Eigentum zurückbekommen, das uns bei der Zwangskollektivierung genommen wurde und wie können wir unter den inzwischen veränderten Bedingungen als Bauern wirtschaften. Hinzu kam, dass die SED-Diktatur auch auf dem Land ein für allemal beendet werden sollte und zu verhindern war, dass die alten Kader sich am bäuerlichen Eigentum bereicherten.

Um die komplexen Zusammenhänge zu verstehen, müssen wir jedoch in der Geschichte in das Jahr 1945 zurück gehen. Am 3. September war auf Druck der

sowjetischen Militärverwaltung und großer Initiative der KPD die Bodenreformverordnung in der Provinz Sachsen beschlossen worden. Angeblich sollte sie der Entmachtung der Nazis und Kriegsverbrecher dienen und die Versorgungslage im zerstörten Land verbessern. In Wahrheit ging es um den Beginn der Umsetzung der alten marxistisch-leninistischen Irrlehre von der Notwendigkeit der Trennung der besitzenden Klasse von den Produktionsmitteln als Grundlage für die Schaffung einer kommunistischen Gesellschaft. Es wurde wiederholt, was Stalin bereits mit größter Brutalität in den 20-er und 30-er Jahren mit Millionen Verhungerten im eigenen Land besonders in der Ukraine durchgesetzt hatte.

Als Zusatzinformation an die weniger Geschichtskundigen: Diese Enteignung in der Sowjetischen Zone fand ohne Entschädigung statt und war verbunden mit einer Vertreibung aus dem Landkreis. Enteignet wurden alle Höfe, die eine Größe von 100 ha überschritten oder deren Eigentümer tatsächlich oder denunziert als Nazis eingestuft wurden. Enteignet wurden auch Widerstandskämpfer, die im KZ waren oder umgebracht worden waren. Später begann die Einrichtung sogenannter Neubauernsiedlungen, die Landlosen und Flüchtlingen – nach sowjetischem Sprachgebrauch Umsiedlern – zugeteilt wurden. Deren Größe von 5 bis maximal 10 ha bot jedoch von Beginn an keine sichere Existenzgrundlage, auch konnte über diese Höfe nicht frei verfügt werden, sie fielen bei Aufgabe an die Kommune.

Diese mit dem verfälschenden Namen Bodenreform bezeichnete brachiale Aktion bildete nur den Auftakt zur vollständigen Enteignung aller bürgerlichen Schichten. Banken, Industrie Gewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Gastronomie wurden bis 1971 unter staatliche Kontrolle gezwungen.

Es focht die Machthaber nicht an, dass die Maßnahmen zu einer geringeren Produktivität der Landwirtschaft in dem hungernden Land führten. Den verbliebenen mittleren Bauern wurden nun immer höhere Zwangslieferungen auferlegt, die viele nicht erwirtschaften konnten. Um der drohenden Haft zu entgehen, setzte bereits um 1950 eine ständig wachsende Fluchtbewegung in die junge Bundesrepublik ein.

Die verlassenen Höfe und die wirtschaftsschwachen Neubauern bildeten dann den Grundstock für die zu gründenden Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften. Auch hierbei wurde nicht versäumt, alle Fehler der Sowjetunion zu wiederholen. Noch immer stand die Landbevölkerung dem kommunistischen Regime innerlich ablehnend gegenüber, noch immer hatte die Kirche in den Dörfern Einfluss, noch immer lebten alte dörfliche Traditionen

und hielten die Familien zusammen. Dem sollte durch eine ideologische Offensive begegnet werden. Unter dem Slogan „Industriearbeiter auf's Land“ wurden Parteisoldaten in die Dörfer geschickt. Sie wurden -meist ohne Qualifikation- zu LPG-Vorsitzenden, Parteisekretären und Direktoren der gegründeten Maschinen- Ausleihstationen, den späteren MTS und KfL.

Es kam, wie es kommen musste: Die wirtschaftliche Lage der LPG`n verschlechterte sich von Jahr zu Jahr trotz staatlicher Stütze, trotz bevorzugter Belieferung mit Dünger, Saatgut etc., während die verbliebenen Bauern sich einigermaßen konsolidieren konnten. Dieser Zustand sollte verändert werden. Durch die Zwangskollektivierung 1960 wurden alle Vorräte, Vieh und Inventar der Bauern in die LPG`n übernommen. Wer nicht im ersten Anlauf unterschrieb, wurde mit plumper Erpressung, Nötigung oder Haft gezwungen. Die Fluchtbewegung erhielt einen weiteren Auftrieb. Die wenigen, denen es gelungen war, sich in eine LPG Typ 1 zu retten, wurden im Lauf der 70-er Jahre eingefangen. Die emotionale Bindung an den Boden und das Erbe der Vorfahren, das Arbeitsethos und Fachwissen und Erfahrung der gezwungenen neuen Genossenschaftsmitglieder führten zu einer erkennbaren Verbesserung der wirtschaftlichen Situation der LPG`n. Angesichts der Aussichtslosigkeit des bäuerlichen Berufs und Berufsstandes wandte sich jedoch die junge Generation von der Landwirtschaft ab und ging in andere Berufe; das wird uns wieder begegnen, wenn wir die Situation 1990 beleuchten.

Während in den Folgejahren die Produktion langsam stieg, blieb sie dennoch unter dem Niveau vergleichbarer nicht kommunistischer Länder. In den Dörfern verfielen die verlassenen Höfe und Gutshäuser, Parks verwilderten und die Produktion fand ohne Rücksicht auf Natur und Umwelt statt. Wie in allen Bereichen galt auch in der Landwirtschaft die Kommandowirtschaft: Partei und Staat legten fest, wer was zu produzieren hatte, wo ein Stall gebaut werden sollte, auf welchem Feld die Mähdrescher eingesetzt wurden usw. Das alles fand mit den Erscheinungen der Mangelwirtschaft statt. So fehlten immer Ersatzteile, Futtermittel, Dünger u.v.m. Viele Betriebe hatten einen „Organisator“ der nur umherfuhr und im Tauschhandel fehlende Dinge „organisierte“. In der DDR wurde ein viel zu hoher Viehbestand aufgebaut, der vorrangig dem Export diente. Das dafür benötigte Futter musste allerdings importiert und mit harter Währung bezahlt werden. Sehr einfach ließ sich errechnen, wie hoch der Verlust beispielsweise bei jedem Fleischexport war.

So wie hier wurde überall gewirtschaftet und damit ging die DDR ihrem Ruin entgegen. Später wurde bekannt, dass sie bereits 1987 de facto pleite war. Bei

allem Respekt und der Anerkennung des Muts der hunderttausenden Demonstranten 1989 war die wirkliche Ursache des Verschwindens der DDR ihr wirtschaftlicher Ruin. Dasselbe galt natürlich auch für die Sowjetunion, nur hatte dort Gorbatschow die Lage erkannt und versuchte, durch Reformen gegenzusteuern. Deshalb unterstütze er auch die Betonköpfe in der DDR nicht mit sowjetischen Truppen, wie es 1953 geschah.

Noch zur Jahreswende 1989/1990 stellte ich mir den Weg zur deutschen Einheit langwierig vor, jedoch war die Gestaltung einer demokratischen DDR unmittelbare Aufgabe. Dazu gehörte die Wiederherstellung des Eigentums und der Eigentumsrechte als Basis einer freien Gesellschaft und der Aufbau demokratischer Gesellschaftsstrukturen.

Und nun komme ich wieder zum ersten Gespräch mit meinem Freund Kurt Klamroth und dessen Inhalte:

Basis für die Schaffung bäuerlicher Strukturen kann nur das Eigentum an Grund und Boden sein.

Das Enteignungsunrecht ist rückgängig zu machen (bei Sonderregelungen für neu begründete Eigentums- und Heimatrechte).

Die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften sollen mit ordentlicher Bilanzierung aufgelöst und die Anteile den Mitgliedern ausgehändigt werden.

In diesem Sinne traten wir sowohl in der CDU als auch in zahlreichen ländlichen Versammlungen auf. Viele LPG-Mitglieder wussten, dass ihre ursprünglichen Betriebe, inzwischen zu klein waren, um wirtschaftlich betrieben zu werden. Ihnen empfahl ich, sich nach Auflösung der LPG mit anderen Bauern nach deutschem Genossenschaftsrecht neu zusammenzuschließen. Ein weiteres Problem, auf das ich oben hinwies, kam hinzu: Die Generation der 1960 Zwangskollektivierten war inzwischen alt geworden und die nächste Generation hatte der Landwirtschaft vielfach den Rücken gekehrt. In diesen Fällen bot sich eine Verpachtung oder Verkauf an einen Wieder- oder Neueinrichter an.

Für die schwierigen und komplexen bevorstehenden Maßnahmen wurde dringend eine Interessenvertretung gebraucht, um nicht von den alten SED-Kadern überrollt zu werden, die sofort daran gingen, die bestehenden Großbetriebe an sich zu reißen. Dabei wurde mit Erpressung, Drohung und Bilanzfälschung vorgegangen. Leider hatte sich der Deutsche Bauernverband schon frühzeitig den „Roten Baronen“ zugewandt. Als Kurt Klamroth vorschlug,

das Landvolk zu gründen, sagte ich ihm meine Unterstützung zu. Daraus wurde dann der heutige Deutsche Bauernbund. Unter seiner Führung konnte dieser Verband viele Betrügereien aufdecken, Gesetze anstoßen und Landwirte beraten. Diesem Verband ist es zu verdanken, dass wir heute in Sachsen-Anhalt über zweitausend bäuerliche Haupt- und Nebenerwerbsbetriebe haben. Wie die Vermögensauseinandersetzungen und die Anwendung des Landwirtschaftsanpassungsgesetzes in der Praxis verliefen, wurde vom Bauernbund vielfach publiziert und angeprangert. Deshalb möchte ich mir Ausführungen dazu ersparen.

Aber es gab noch ein weiteres historisch einmaliges Problem, bei der Neugestaltung einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft auf dem Gebiet der ehemaligen DDR:

Noch immer habe ich die Stimme Adenauers im Ohr, wenn ich ihn als Kind aus unserem kleinen Volksempfänger sinngemäß sagen hörte: Liebe Brüder und Schwestern in der „Soffjetzone“ haltet aus, die Einheit in Freiheit, Frieden und Gerechtigkeit wird kommen, das kommunistische Unrecht wird wiedergutmacht werden. Als ich im März 1990 Mitglied der X. Volkskammer und des Ausschusses für Deutsche Einheit wurde, war für mich unumstößlich, dass die Enteignungen rückgängig gemacht werden mussten. Auch Kurt Klamroth setzte sich unermüdlich dafür ein. Sehr bald wurde uns in der CDU-DA-Fraktion von Lothar de Maiziere bedeutet, dass an der Bodenreform nicht gerüttelt werde dürfe. Zunächst war das wohl mit Rücksicht auf die Koalition zu erklären, denn es gab viele Abgeordnete, die noch immer den Heiligenschein sahen, mit dem die kommunistische Propaganda über Jahrzehnte diesen Terrorakt verbrämte. Allerdings konnte ich in der Fraktion eine Gruppe von über vierzig Abgeordneten ausmachen, die wie ich dachten.

Im Ausschuss wurden wir regelmäßig über den Verhandlungsstand zum Einigungsvertrag unterrichtet und mussten schon sehr bald hören, die Sowjetunion habe ein Junktim zwischen ihrer Zustimmung und dem Bestand der unter ihrer Hoheit getroffenen Maßnahmen hergestellt. Diese Position wurde dann als unabänderlich dargestellt. Demzufolge hielt ich in der Debatte über den Einigungsvertrag zur Eigentumsfrage einen Beitrag, der eher nichtssagend war, weil ich keineswegs die Einheit als übergeordnetes Ziel gefährden wollte. Merkwürdigerweise hat später Gorbatschow mehrfach erklärt, eine solche Bedingung habe es nicht gegeben und der Verhandlungsführer der DDR, der damalige Staatssekretär Günter Krause erklärte das ebenso an Eidesstatt. Wer hat nun gelogen? Bis heute wurde das

nicht aufgeklärt. Aber es gab eine Möglichkeit, Gerechtigkeit herzustellen, denn dem künftigen gesamtdeutschen Bundestag war eingeräumt worden, eine Entschädigungsregelung zu treffen. Diese hätte eine Entschädigung durch Rückgabe sein können mit Ausnahme der Teile, an denen in Treu und Glauben neue Eigentumsrechte entstanden waren, hier hätte eine Geldentschädigung erfolgen können.

Wie Sie alle wissen, wurde dann das Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz verabschiedet, das eher als eine Verspottung der Geschädigten anzusehen ist. Beschämend empfand ich, dass auch die damaligen CDU-Abgeordneten der Landesgruppe Sachsen-Anhalt dem zustimmten. Nach meinem Verständnis wurde damit wenige Zeit nach der Wiedervereinigung der Geist des Grundgesetzes verraten. Als auf meine Bitte der damalige Staatssekretär Robra während des ersten Verfahrens vor dem Verfassungsgericht meine Sicht der Dinge mit Hinweisen auf die negativen Auswirkungen auch in Sachsen-Anhalt vorgetragen hatte, war das für den damaligen Bundesjustizminister Kinkel Anlass, wenige Tage später während einer Sitzung in Bonn mich an der Krawatte zu greifen und zu schütteln.

Mit einer Rückgaberegulierung würden viele unserer Dörfer noch schöner aussehen und wäre der Bodenspekulation nicht so weiter Raum eröffnet worden.

Und damit komme ich zum nächsten Schwerpunkt einer verdienstvollen und schwierigen Arbeit des Bauernbundes unter Kurt-Henning Klamroth:

Nachdem die früheren Parteisekretäre und LPG-Vorsitzenden es geschafft hatten, durch falsche Versprechungen, Bilanztricks und gesellschaftsrechtliche Umbildungen die meisten Großbetriebe an sich zu reißen, konnten sie im weiteren Verlauf der Entwicklung auch zunehmend Eigentümer der landwirtschaftlichen Flächen werden, was durch die Vergabepaxis der BVVG noch unterstützt wurde. Als nach der Jahrtausendwende das Erneuerbare Energien-Gesetz (EEG) verabschiedet wurde, begann eine zunehmende Spekulation mit Landwirtschaftsflächen einzusetzen. Die Einnahmen aus Wind- oder Solarparkflächen wurden lukrativer als die landwirtschaftliche Nutzung. Als nach der Finanzkrise 2007/2009 die EZB zur Rettung der Banken und Alimentierung von bankrotten Staaten ihre -zumindest rechtlich fragwürdige- Nullzinspolitik begann, wurde der Spekulationsdruck auf den Grund und Boden durch gewaltige vagabundierende Geldmengen massiv erhöht. Das führt dazu, dass heute kein mittelständischer Bauer die Bodenpreise unter wirtschaftlichen Aspekten bezahlen kann.

Inzwischen sind die „Roten Barone“ alle im Rentenalter. Den Lebensabend vergolden sie sich nun in ganz besonderer Weise mit den sogenannten share deals. Sie verkaufen Anteile ihrer GmbH's, oder Aktiengesellschaften an Finanzinvestoren und umgehen damit alle Regelungen des landwirtschaftlichen Bodenrechts. Riesige Landwirtschaftsflächen sind nun in der Hand reicher Familiendynastien, Energiefirmen, Autohändlern, Lebensmittelketten usw.

Damit geschieht ein Kulturbruch: Über Jahrhunderte war bäuerliche Wirtschaft in enger Bindung an den eigenen Grund und Boden bestimmend für die dörfliche Kultur und das Landleben. Diese Tradition wird jetzt nur von den mittelständischen bäuerlichen Familienbetrieben fortgesetzt. Bei Fortbestehen der gegenwärtigen Rechtslage wird diesen Betrieben die Existenzgrundlage entzogen. Lieber Kurt, ich erinnere mich an einen Ausspruch von Dir, Du sagtest "Die Kirche muss im Dorf bleiben" und meintest das nicht im bekannten übertragenen Sinne sondern ganz wörtlich. Die Kirche als Sinnbild der bäuerlich geprägten dörflichen Lebensgemeinschaft, zu der das Engagement in der Feuerwehr, das Vereinsleben, die Mitwirkung im Gemeinderat, der Einsatz für Natur- und Umwelt ebenso gehören. Die gegenwärtige Entwicklung der Trennung landwirtschaftlicher Produktion vom dörflichen Leben wird zu gravierenden Veränderungen führen. Natürlich werden die in landwirtschaftsfremdem Eigentum befindlichen Flächen weiterhin bewirtschaftet, aber den Bauern mit eigenem Grund und Boden, verwurzelt im Heimatdorf, der im Einklang mit Natur und Umwelt lebt und arbeitet, wird es dann nicht mehr geben. Im Umfeld urbaner Siedlungen werden Schlafdörfer entstehen, die Dörfer in dünn besiedelten Regionen werden verfallen.

Gegen diese fatale Fehlentwicklung kämpft der Bauernbund seit Jahren. Abhilfe könnte ein Agrarstrukturgesetz schaffen, das Anteilskäufe, die mit Bodenbesitz verbunden sind, reguliert. Ich finde es skandalös, dass der letzte Landtag auseinanderging, ohne den seit langem vorliegenden Gesetzentwurf abschließend zu beraten und zu verabschieden. Der neue Landtag wird geraume Zeit benötigen, bis er sich dem Thema zuwenden kann. Damit geht wertvolle Zeit verloren und werden bäuerliche Existenzen bedroht. Es fällt mir schwer, mit Blick auf Exponenten meiner eigenen Partei schlimme Gedanken zu verbannen.

Kurt Henning Klamroth führte den Kampf gegen diese Entwicklung in vorderster Linie. Seine Nachfolger treten nun in große Fußstapfen und werden sein Werk fortsetzen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

heute würdigen wir einen Mann, der im besten Sinne des Wortes konservativ ist. Schon in seinen jungen Jahren hielt er an den Idealen von Freiheit und Demokratie fest, obwohl die reale Umwelt alles andere war. Er wirkte mit bei der Überwindung der kommunistischen Diktatur und stellte sich von Anbeginn in den Dienst des Aufbaus eines freiheitlich-demokratischen Gemeinwesens. Gleichzeitig begann er mit großem Mut eine bäuerliche Existenz erfolgreich aufzubauen. Er erkannte sehr früh die Notwendigkeit einer wirklichen Interessenvertretung, um den alten und neuen Seilschaften Paroli zu bieten. Politisch verortete er sich in der CDU; dort ist er noch immer ein wichtiger Warner und Mahner, wenn es darum geht, der Versuchung zu widerstehen, dem linken Zeitgeist zu folgen.

Der Schutz des Eigentums ist wesentliche Grundlage einer freien Gesellschaft. Eigentum an Grund und Boden ist Grundlage jeder bäuerlichen Existenz. Bäuerliche Strukturen sind Basis unserer über Jahrhunderte gewachsenen Dörfer. Und: Freiheit ist Vorbedingung einer Demokratie.

Für diese Zusammenhänge steht Kurt Henning Klamroth. Dank seiner Initiative entstand der Deutsche Bauernbund, dessen Aufgabe noch lange nicht erledigt ist, immer neuen Gefahren und Herausforderungen wird der bäuerliche Mittelstand ausgesetzt. Der Weg wird fortgesetzt werden.

Für sein Engagement sind ihm die Wieder- und Neueinrichter in den mittel- und ostdeutschen Ländern zu großem Dank verpflichtet. Insbesondere aber hat er in Sachsen-Anhalt vieles bewirkt und oft Schlimmes verhindert. Die Anwesenheit des Ministerpräsidenten ist eine herausragende Anerkennung seiner Leistung.

Am Ende einer solchen Rede wird in der Regel dem zu Ehrenden gute Gesundheit und ein geruhsames Älterwerden gewünscht. Das werde ich nicht tun. Gesundheit wünsche ich von ganzem Herzen, aber Ruhe wäre wesensfremd. Ganz sicher werden wir auch künftig die Stimme von Kurt Klamroth hören, wenn es um die Bewahrung von Freiheit, Demokratie und bäuerlicher Existenz geht. Dafür wünsche ich Dir viel Kraft und Gottes Segen.